

Der Weg zum dezentralisierten Einheitsstaat.

von
Erich Koch-Weser,
ehemaligem Reichsminister, Mitglied des Reichstags.

Als ich im Jahre 1920 das Wort vom dezentralisierten Einheitsstaat prägte, stand ich mit dieser Anschauung fast allein. Aber inzwischen hat sich der in diesem Worte zusammengefaßte Gedanke, dem Deutschen Reich eine feste Einheit in den Lebensfragen der Nation und eine organische, für die Überwindung weitreichender Selbstverwaltungsaufgaben tragfähige Gliederung zu schaffen, die Herzen und Köpfe der großen Mehrheit unseres Volkes erobert. Man hat erkannt, daß das deutsche Volk tausend Jahre lang nicht in „gefundem Föderalismus“, sondern in einem dynastischen Partikularismus gelebt hat, der es schmachtmächtig und zerrissen gemacht und den Franzosen den Weg zum Rhein geöffnet hat. Man hat eingesehen, daß die Eigenart der deutschen Stämme nichts mit dem Souveränitätsdünkel und dem Staatenegoismus deutscher Länder zu tun hat und in großen und leistungsfähigen Selbstverwaltungsorganen besser gepflegt wird als in überlaideten und durch politische Zankereien abgelenkten Staatenkarikaturen. Man ist endlich unter dem furchtbaren Druck der wirtschaftlichen Not zu dem Erkenntnis gekommen, daß das Reich, wenn es der Wirtschaft eine Rationalisierung empfiehlt, zuerst vor der eigenen Tür zu kehren hat und die Behördenüberhäufung und Aufgabenüberdehnung der unzähligen sich oneinander reibenden Reichs-, Länder- und Gemeindebehörden hinwegzujagen hat. Aber so klar das Ziel der großen Mehrheit des deutschen Volkes sein mag, so ist festzustellen, daß auch die Männer, die sich zum dezentralisierten Einheitsstaat bekennen, über den Weg dahin häufig keine Klarheit verbreiten.

Zunächst ist es überhaupt kein Weg zum Ziel, wenn der Reichsfinanzminister erklärt, daß keine Verringerung der jetzigen Zustände einem Lande gegenüber vorgenommen werden könne, solange dort der feste Wille zur Eigenstaatlichkeit bestehe. Oder wenn Herr Stresemann ausführt, daß zum Reich nur kommen soll, wer wirklich zum Reiche wolle. Es bedeutet eine Verkennung der Souveränitätsdes Reiches und der Verantwortlichkeit der Reichsregierung für das politische, wirtschaftliche und finanzielle Gedeihen des Reiches, wenn man so lange warten will, bis jede Minderheit im Reiche überzeugt ist. Es bedeutet das auch eine Verkennung des Umstandes, daß es eine Reihe Länder gibt, die wohl ihre Eigenstaatlichkeit wollen, aber vor der finanziellen Belastung, die damit verbunden ist, zurücktreten und ihre Stellung im Reiche dazu ausnützen, um sich die Mittel für ihre wirtschaftliche Eigenstaatlichkeit vom Reiche, also in Wahrheit von den Steuerzahlern der anderen Länder, zu weihen zu lassen. Die Verpflichtung des Reiches, Ordnung zu schaffen, ist auch durch die Bestimmung des Artikels 18, wonach der Reichsverwaltung die Herbeiführung der bestmöglichen Gliederung des Reiches obliegt, geboten. Man komme mir gegenüber nicht mit dem Einwande, daß das Reich unter solchen Vorgehen zu brechen könne. Es gibt kein Glied innerhalb des Deutschen Reiches, das sich von ihm lösen kann, ohne zu verkümmern. Schließlich hat doch auch Bismarck, auf den man sich so häufig beruft, kein Reich mit Blut und Eisen geknüpft. Die Methode der Gewalt wird man heutzutage ablehnen. Das man sich aber aus Unentschlossenheit und Friedfertigkeit davon abhalten läßt, die verfassungsmäßig vorgesehenen Rechte des Reiches zur Anwendung zu bringen, um die notwendige Ordnung zu schaffen, ist nicht zu verantworten.

Unzureichend ist heute aber auch eine Lösung geworden, die ich selbst im Jahre 1921 in meiner Schrift: „Zwei Beiträge zum Wiederaufbau“ vorgeschlagen habe, die Vernetzung einzelner Reichsminister und preussischer Minister zu vereinen und dadurch eine nähere Fühlung in ähnlicher Weise anzustreben, wie sie im alten Reiche bestand. Dieser Gedanke ist jetzt von Eugen Berg und von Brecht aufgegriffen worden. Ich bin auch jetzt noch der Meinung, daß es gut gewesen wäre, wenn man damals zu gehandelt hätte. Manches Mißverständnis und Zerwürfnis wäre vermieden worden. Aber ich habe schon damals die Lösung als einen Notbehelf für eine Ueberanstrengung bezeichnet. Eine wirklich dauernde Abhilfe wird dadurch schon deswegen nicht geschaffen, weil eine solche Personalunion in Zeiten verlaßlos würde, wo die beiden Regierungen in ihrer politischen Anschauung auseinandergehen und weil sie auch sonst nur eine vorübergehende Ausbesserung der Wunden der beiden Regierungen ermöglicht, aber keine Gewähr dafür bietet, daß diese Ausbesserung zu einer politischen Verständigung führt. Heute kommt mir diese vorläufige Maßnahme zu klein, um sie bei der zunehmenden Erkenntnis von der Notwendigkeit einer umfassenden Lösung noch zu vertreten.

Ich halte es aber auch nicht für möglich, Preußen zu einem Großpreußen zu machen dadurch, daß es sämtliche deutschen Länder allmählich in sich aufsaugt. Der Gedanke, auf diesem Wege Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen, ist nach 1866 aufgegeben worden und kann nicht wieder aufgenommen werden. Dagegen, daß die norddeutsche Flur durch das Aufgehen kleiner und mißbeherrschter Länder in Preußen bereinigt werden könnte, ist nichts einzuwenden.

Die Sicherheitsdebatte in Genf.

Bernstorff über Deutschlands Mitarbeit.
Die heutige Aussprache im Sicherheitskomitee.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 2. Dezember.
In der heutigen Debatte über das Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees machte der südlawische Delegierte, der ehemalige Minister Rakowski, bemerkenswerte Ausführungen aktuellen politischen Charakters. Zunächst wandte er sich dagegen, daß man sich in theoretischen Vorarbeiten erschöpfe, und stimmte dem britischen Delegierten darin zu, daß es sich darum handle, praktische Maßnahmen zu finden. Vor allem müsse man alle die Mittel ausfindig machen, um den Staaten eine größere Sicherheit zu gewähren, als diejenige, die sie jetzt besitzen. Die Frage der Sicherheit sei für die Abrüstung ausschlaggebend. Der Redner wies darauf hin, daß sein Land kürzlich einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Frankreich im Rahmen des Völkerbundes abgeschlossen habe. Zum Abschluß dieses Vertrages sei Südlawien durch die Sorge um seine Sicherheit veranlaßt worden, da die vom Völkerbund gebotene Sicherheit nicht genüge. Wenn Italien ebenfalls seine Unterfertigung unter diesen Vertrag geseht hätte, würde die Sicherheitsgarantie noch größer sein. Wenn man selbst Völkerbundsstaaten im Gefühl, daß ihre Sicherheit gefährdet sein könne, Sicherheitsverträge abschließen, wie würde es dann möglich sein, zu einer Abrüstung zu gelangen? Wenn selbst ein solcher Staat seine Rüstungen für ungenügend erachtet, Albanien habe zwei Verträge mit Italien geschlossen, obwohl es Mitglied des Völkerbundes sei, und obwohl seine Unabhängigkeit durch einen Beschluß des Völkerbundes besonders garantiert sei. Albanien betrachte diese Garantie des Völkerbundes als nicht genügend. Er könne erklären, daß kein Politiker und kein Staatsmann Südlawiens daran denke, die Unabhängigkeit Albaniens zu bedrohen; jedoch die albanische Regierung habe Verträge mit denjenigen mit Italien, für nötig erachtet. Dies zeige, daß die bestehende Sicherheit nicht genüge. Wenn man wirksame Mittel finde, um den Völkern eine wahrhafte Sicherheitsgarantie zu geben, auch wenn sie nicht ganz vollkommen sei, so würde dies die Lage völlig ändern. Man könne jetzt nicht von den Völkern verlangen, daß sie abrüsteten. Mit dem guten Willen der Mitgliedsstaaten könne man auch im Rahmen des Völkerbundes genügende Sicherheitsgarantien schaffen. Diese müßten allerdings auch gegenüber den großen Staaten ausreichen. Zur Schiedsgerichtsfrage bemerkte der Redner jedoch, es handle sich darum, festzustellen, ob die Staaten das Prinzip des obligatorischen Schiedsgerichts annehmen wollen. Rat und Vermittlung müßten vom ersten Willen befehl sein, die Durchführung der Vertragsverpflichtungen zu sichern. Sodann berührte der Redner die Frage der Nachprüfung der abgeschlossenen Verträge daraufhin, ob sie mit dem Satz zu vereinbaren seien. Es fehlte es an der Bestimmung dazu. Der Völkerbund müsse feststellen, welche Arten von Verträgen er den Staaten empfehle.

Hiernach ergriff der Führer der deutschen Delegation, Graf Bernstorff, das Wort. Nachdem er die Vorrede gehört habe, sagte er, wolle er nunmehr den Standpunkt seiner Regierung zu den das Komitee beschäftigenden Problemen darlegen. Er stünne dem griechischen Vertreter darin zu, daß es notwendig sei, eine ausreichende Materialsammlung zur Verfügung zu haben, aber er sei andererseits mit dem Vertreter der Niederlande und Großbritannien der Meinung, daß dieses Material sich auf das für den Zweck der Arbeit Notwendige beschränken müsse. Man solle dem Komitee nicht nur eine Sammlung der bestehenden Verträge, sondern auch der Resolutionen des Rates und der Versammlung, sowie Material über die juristische Auslegung des Völkerbundes durch den internationalen Gerichtshof zur Verfügung stellen. Wenn der südlawische Delegierte die Wichtigkeit der Artikel 18 und 20, die sich auf die Verträge beziehen, hervorzuheben habe, so solle er auch die Wichtigkeit des Artikels 19 des Völkerbundes betreffen der Möglichkeit, unvollständig gewordene Verträge zu ändern, nicht vergessen. Der Redner verleierte sich jedoch nicht über die Arbeitsmethode, wobei er betonte, daß die Leistung der Arbeiten unbedingt in den Händen des Komitees verbleiben müsse, das den Ausschüssen seine Direktiven zu geben habe. Ueber diese Instruktionen müsse man sich in einer allgemeinen Aussprache einig werden. Was das Problem betreffe, so habe er über das Verhältnis von Sicherheit und Abrüstung dem bereits früher Gesagten nichts hinzuzufügen. Er erinnere an die Ausführungen Stresemanns in der Völkerbunderversammlung, daß Deutschland aufrichtig bereit sei, in positiver Weise an der Lösung des Sicherheitsproblems mitzuarbeiten, und daß die deutsche Regierung es begehre, daß man nunmehr die Möglichkeit habe, diese bedeutungsvolle Frage eingehend zu unteruchen. Der wesentliche Gegenstand der Arbeiten werde die Prüfung des Problems in seiner Gesamtheit bilden. Was den Ausgangspunkt der Arbeiten betreffe, so sei er sehr einfach dahin zu definieren: das Ziel sei, den Krieg zu verhüten und die Erhaltung des Friedens zu garantieren. Der Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte müsse beseitigt werden. Man dürfe nicht vergessen, daß es niemals möglich sein werde, Konflikte zu verhüten. Es komme darauf an, daß man andere Mittel zur Lösung von Konflikten finde als den Krieg. Das Komitee müsse daher alle Möglichkeiten prüfen, die zur friedlichen Lösung von Konflikten zur Verfügung stehen. Die bestehenden Möglichkeiten seien noch nicht genügend ausgearbeitet. Er wolle nicht auf die Einzelheiten eingehen, da dies auch der juristischen Sachverständigen sein müße. Es komme darauf an, daß die Arbeit in schöpferischem Geiste beginnen werde. Man müsse sich davor hüten, die Symptome zu behandeln, das Hebel müsse an der Wurzel angelegt und ein Verstoßen der Garantie friedlicher Lösung gesucht werden. Wenn dies gefunden sei, würden alle anderen Probleme sich von selbst lösen. Deutschland stelle seine Mitarbeit in reichstem Umfang zur Verfügung. (Siehe auch Seite 2.)

Über Lebensstarke Länder, auch solche, die gern zum Reiche wollen, sträuben sich gefühlsmäßig gegen die Einverleibung in Preußen und würden sich nur nach langwierigen und opferreichen Kämpfen zwingen lassen. Ein Weg über Lebensstarke läge aber nicht im Interesse des Unitarismus. Er erfordert auch viel Zeit und ist in seinem Ergebnis ungewiss. Jedenfalls aber würde er den süddeutschen Ländern gegenüber verfallen. Die Zwischenlösung ist für den Süden zu untragbar, daß man ihn viel eher als bald die Endlösung zumuten kann. Die Maßnahme würde wieder auflieben, und zwar in der Form, daß Süddeutschland drei Fünftel der Reichsstaatsfinanzen stellen, da nach der Reichsverfassung auf Preußen nicht mehr als zwei Fünftel fallen dürfen. Auch würde die Struktur des Reiches viel zu zentralistisch und bürokratisch werden, wenn einfach die Verhältnisse und der Behördenaufbau Preußens zunächst auf Norddeutschland und dann auf das ganze Reich ausgedehnt würden. Ich halte diesen Gedanken, der immer wieder aus preussischen Kreisen propagiert wird, für überaus gefährlich und geeignet, der Bewegung zum Einheitsstaat Abbruch zu tun. Man sollte in Preußen endlich das richtige Ohr haben für die Stimmungen in den anderen Ländern. Nichts liefert den Gegnern des Einheitsstaates so viel Wasser auf ihre Mühle als die großpreussischen Tendenzen. Vorau kommt es denn an, wenn zwei miteinander nicht ganz gleich Schritt halten, wenn Norddeutschland dem Einheitsstaat geneigt ist und Süddeutschland noch zögert? Doch nicht etwa darauf, den Norddeutschen in schnelleren Tempo zu bringen, sondern darauf, eine Lösung herbeizuführen, die den Süddeutschen geneigt macht, mit dem Norddeutschen im Gleichschritt zu gehen.

Auf der anderen Seite ist zuzugeben, daß der Zeitpunkt für ein Aufgehen Preußens im Reich nicht zu früh gewählt werden darf. Es war sicher ein Fehler, diese Frage im Jahre 1919 bereits zu erörtern. Man muß sich nur vorstellen, Preußen wäre 1919 aufgelöst worden. Wodurch würde der schwachen deutschen Republik der stärkste Kalk verloren gegangen sein. Die Geschichte der vergangenen Jahre berechtigt. Es ist ein Glück gewesen, daß die deutsche Republik in diesen Jahren ein kräftiges Preußen gehabt hat. Der Fehler, im Jahre 1919 die Zerlegung Preußens zu erörtern, bestand aber auch in der Unterdrückung derjenigen Gesichtspunkte, die sich an das alte Preußen klammerten und vom alten Preußen aus eine Wiedergeburt des alten Reiches

und des Kaiserturns erhofften. Anzudeuten hat man wohl eingesehen, daß die Wiederherstellung des alten monarchistischen Preußens eine Utopie ist. Die Folge davon ist, daß auch deutschnationale Blätter, wie die Eugen-Berg-Bresse, ihre Hoffnung auf Preußen verloren haben und dem Einheitsstaat zuneigen. Aber auch heute noch kann man die Schaffung des Einheitsstaates keineswegs damit beginnen, daß man Preußen zerlegt. Preußen ist nur dann entbehrlich, wenn der neue Einheitsstaat die Zuständigkeit und Macht hat, die er haben muß. Das Aufgehen Preußens im Reiche kann nur der Schlüsselstein des Gebäudes sein. Darin stimme ich mit Doerns überein. Dann allerdings wird Preußen nicht nach dem Grundgesetz des deutschen Kaisers Wilhelm II. der preussische König bleiben wollen, auch wenn er nicht mehr Kaiser war, handeln dürfen, sondern nach dem Grundgesetz, den Kaiser Friedrich nach der Kaiserproklamation in seinem Tagebuch niedergelegt hat: Ich fühle mich jetzt nur noch als Deutscher!

Es ist neuerdings der Gedanke aufgefaßt, den Einheitsstaat dadurch herbeizuführen, daß man den Ländern das Recht zugeht, sich zum Reichsland zu erklären und ihre Verwaltung und ihre Finanzen in die Hand des Reiches zu legen. Ich vermag den Vorteil eines solchen Verfahrens nicht recht einzusehen. Dieser Gedanke scheint mir zentralistisch, aber nicht unitarisch zu sein. Die Reichsfreundlichkeit in diesen Ländern wird nicht wachsen, wenn sie in Angelegenheiten, die sie heute bei sich bearbeiten, erst die Entscheidung eines Reichsbeamten einholen haben. Da man in den Reichsständen die Selbstverwaltungsorgane und damit die Finanzverantwortlichkeit wird bestehen lassen müssen, ist es außerdem überaus unklar, in welcher Weise die finanzielle Unterstützung des Reiches ihnen gegenüber auswirken soll. Das Verhältnis der anderen Länder zum Reich wird aber gewiß nicht verbessert, wenn einige Länder als Kostgänger in eine nähere und damit begünstigtere Stellung zum Reiche gebracht werden als sie. Endlich ist es auch eine eigenartige und schwierige Aufgabe für die Reichsbehörden, einige weit auseinanderliegende, von Berlin aus ohne die Hilfe zuverlässiger Mittelbehörden kaum übersehbare Reichsteile in zufriedenstellender Weise und entsprechend ihren individuellen Bedürfnissen zu verwalten. Der Gedanke kompliziert, anstatt zu vereinfachen.

Anderes ist es auch nicht mit dem Gedanken Preußen zum Reichsland zu machen. Auch dieser Gedanke scheint

ß „Baja“ im Lustspielhaus. Vor einiger Zeit grub Salsburg den alten Schwärzen aus, um der Dorfschule Gelegenheit zu geben, in dieser Bombenkelle zu glänzen. Jetzt ist das Stück der Müllener Straße in die Gegend gewandert, von der vor einer dreißig Jahre sein Zug in Dorfschule begann. Als es ein Schauspielern da, die alle diese kleinen Plomphonnen, die kleinen jaulenden Bonitäten, in Reim wandelt, das kann mehr in dem Bombenstückenhaus des alten Schwärzen: Charlotte Salsburg. Früher nur aus lustigen Wollen erkannt, gibt jetzt mehr, man erwartet hätte. So wird dieser Abend ein Gewinn; sonst nur Scherz-Scherzen. Gute Ceter und die nette Menate Müllener nennen. Ganz Selbst-Willst! Der Ander sein ebenfalls. Vorher allem, weil er, der sonst so Versierte, für die Rolle des Aufrechter zu jung ist.

*Auch Sie
wollen doch gefallen,
gnädige Frau,*

und jung und blühend aus-
sehen? Künstliche Schönheits-
mittel haben Sie nicht nötig.
Worauf es bei Ihnen ankommt,
ist die Kräftigung Ihrer Nerven.
Daß für die Schönheit der
Frau nichts gefährlicher ist als
Ermüdung, wissen Sie selbst.
Schützen Sie also Ihre Nerven
vor Überanstrengung und sich
selbst vor Müdigkeit. In "4711"
haben Sie das dafür geeignetste
Mittel.

Beim Kauf achte man genau
auf die ges. gesch. "4711"
mit den blau-goldenen Haus-
farben. — Seit 1792 stets in
der gleichen, unübertroffenen
Güte.



**4711. Kölnisch
Wasser**

Die Lagerdisposition im Einfuhrhandel.

Voraussetzungen für wirtschaftlichen Einkauf.
Die Ersparnisse an Verkaufsspesen.

Der Verfasser dieses Aufsatzes steht als Aufsichtsratsmitglied der Eudolph Karstadt Akt.-Ges. in Hamburg der Praxis des Einheitspreisdanks besonders nahe. Angesichts der vielen falschen Vorstellungen, die über die Arbeitsmöglichkeiten dieses neuen Zweiges des Einzelhandels noch bestehen, geben wir ihm anlässlich der Eröffnung des ersten Berliner Ladens gern das Wort zur Darlegung der Grundsätze:

Dasjenige Unternehmen des Einzelhandels wird der Allgemeinheit am besten dienen, welches seinem Umfang nach in der Lage ist, die wirtschaftlichste Stückzahl von möglichst vielen seiner Verkaufsgegenstände zu bestellen. Die wirtschaftlichste Stückzahl, das heisst der billigste Herstellungspreis ist bei Massengütern fast immer identisch mit der Höhe der Menge, mit der Grösse der Serie. Derjenige kauft am besten, der die grösste Stückzahl abschliesst.

n, der die grösste Stückzahl der verschiedensten Fabrikationsstätte,
Zur Ergründung der verschiedenartigsten Fabrikationsstätte,
Beherrschung der Qualität und Sorten, zur Kenntnis des Ge-
schäfts, zur Beurteilung der Angemessenheit
der Beschaffung bedarf es eines Heeres von Einkäu-
fern, die jeder ein Spezialist auf seinem eig. begrenzten
Gebiet sind. Dieser Einkaufsapparat, verbunden
mit den eigenen Einkaufshäusern in den Industriezentren, mit grossen
Lagerungen verschlingt Riesensummen. Nimmt man an, dass
für einen Warenhauskonzern in Deutschland zwei Millionen
pro Jahr kostet, würden die Einkaufsspesen beispielsweise
der Rudolph Karstadt Akt.-Ges., welche entsprechend ihrem
Geschäftsbericht 175 Mill. RM im Geschäftsjahr 1926 in
ihre eigenen Warenhäuser umgesetzt hat und heute 26 in
Ermahnung der Warenhäuser von M. J. Emden und Söhne unter
Vermittlung ihrer Ausschlusskunden, ihres Engros- und Export-
verhältnisses eine jährliche Ueberschusskapazität von
1 Mill. RM haben dürfen, weniger als 0,6 pCt. ausmachen.
Ist ein anderer Konzern bei gleich spezialisiertem Einkaufs-
apparat nur 50 Mill. RM pro Jahr um, würden dagegen die Ein-
kassesspesen den Verkaufspreis mit 4 pCt. belasten. Meines Er-
achtens liegen die beiden vorstehenden Grundzüge Jandorf
und in die Fa. Hermann Tietz aufzugehen, nachdem
Rudolph Karstadt Akt.-Ges. von der Fa. M. J. Emden Söhne,
die den Einkauf für Jandorf besorgte, deren Provinzwaren-
Kaufhäuser gekauft hatte.

Nach dem wirtschaftlichen Einkauf muss sich ein im Unkosten-
günstigstiger Verkaufsausparat hinzugesellen.

Das Vorbild des modernen, deutschen Einheitspreisdienstes ist nicht
das deutsche 30-Pf.-Bazar von ehemals, der die Vertriebsstätte von Nippes
Kitsch war, sondern der 5- und 10-cts.-store der U. S. A., aus
der Kalkulation kann sich jedoch der deutsche Laden nicht
mit den amerikanischen rechten. Dribben werden Artikel mit
und mehr Prozent Verlust, andere mit vielen 100 Pct. Gewin
auf gleichzeitig mit dem überbilligen Artikel den überbeuren
tend die Warenkenntnis des Deutschen diesen veranlasst, zu
überbillig zu kaufen und das Überbillige zu verkaufen. Die
schärfste Kritik an dem deutschen Einheitspreisdienst
geht auf nur in einer unerhörten Leistungs-
fähigkeit in allem zum Verkauf stehenden Waren be-
hen.

X. Anhang

zu finden kann, so erzielt werden? Nur im Anschlusse an die Einkaufszentrale eines der grossen deutschen Warenhäuser, z. B. Karstadt, Hermann Tietz, Leonard Treussart, A. Wertheim, kann eine solche Einrichtung, welche für eine Anzahl von verschiedenen Warenhäusern besteht, oder im Anschlusse an die Einkaufsgesellschaft von Konsumvereinen, Das Flasko, welches die Ladepedele-Läden in Berlin umfaßt, hat einen geringen Prozentsatz der im Feinverkauf angebotenen eine gewisse Grösse erreicht. Auch die Auslandskontoren, welche heute in Deutschland sehr zahlreich sind, werden aus diesem Fehlen in ihren Leistungen wesentlich zurückbleiben müssen.

Der erste Grundsatz bezieht sich auf Preispreisdifferenzen. Es werden verschiedene Preisklassen für verschiedene Preislagen, sondern nur Preislagen in einer, höchstens zwei Preislagen geführt, die infolge der Bestellungen bei bester Qualität einen ausserordentlich billigen Preis erzielen. Die überhöhten Preise im Zeitalter der Manufaktur, dem grossen Maschinenarbeit nicht zu erzielen, sie sind ein Kind der teuren- bzw. Fliessarbeit. Wie hoch die Preispreisdifferenzen durch beispielsweise in Fliessarbeit, die Abhängigkeit von der Stückzahl und die sich gegen die Fertigungsmittel verhalten, die in der Fertigungsfabrik enthaltenen Lohnersparnis; die so erzielten Preispreisdifferenzen erreichen häufig 50 pCt. und mehr.

Die Speziesensparnisse im Verkaufsapparat betragen gegenüber den Warenhaus setzen sich, wie folgt:

3) Das Warenhäufig wird im Warenhaus etwa dreimal so teuer angesetzt, im Einheitspreisladens dagegen beträgt das fehlende Sortiment zwölfmal. Zahlen Warenhaus und Einheitspreisladen je dreissig Tage Kasse und rechnet man einen jährlichen Zinssatz von 8 pCt., kalkuliert sich im Einheitspreisladen die Ware 2 pCt. billiger als im Warenhaus.

4) Die absolute Miete der Ladenfläche, Massstab, wesentlich ist nur das Verhältnis der Jahresmiete und dem Jahresumsatz. Gehört das Grundstück dem Einheitspreisunternehmen, verbilligt der Unternehmer den Hausbesitzer, die Ware. Dabei kann man heute häufig feststellen, dass sich Neubauten für diese Zwecke billiger stellen als mit Mietzinsteuer bebaute Gebäude. Umgekehrt liegt die Bedeutung der Miete für den Befriedigung des nur vorübergehenden Bedarfs, also für Anschaffung grösseren Lagers, liegt das Verzögerungsbereich des Einheitspreisladens in der Döckung der täglichen Bedarfs. Lohnt es sich, für Anschaffungen grösseren Umfanges eine grössere Entfernung zurücklegen, sich in die Zentren, die Einkaufsstrassen der Hauptstadt zu begeben, oder in die Zentren der Provinzstädte, in Stettin, Berlin, nur einen gewissen Aufwands. Infolgedessen liegt der Einheitspreisladen im allgemeinen nicht in der allerersten Gegend. Nach vorerwähnten Erfahrungen unter Berücksichtigung des Umstandes, dass das Warenhaus repräsentativ mit teuren Fassaden und teuren Lichtböfen aus ist, kalkuliert sich die Miete im billiger im Verkaufsladen und in der Ware als beim Warenhaus.

preis der Ware als beim Kaufschätz.

c) Partielle Ware, die nicht als attraktive, sondern nur in Quantität, zum gleichbleibenden Standardware, Sonderanpreisungen kommen daher kaum in Frage. Entsprechend dem unter b) Gesagten liegt der Einheitspreislisten der Grossstadt nur der Kundschaft seinen Restrikt, was nicht von weither Käufer anlocken. Infolgedessen ist sein Reklameeffekt gering. Die diesbezügliche Ersparnis in der Kalkulation dürfte sich gegenüber dem Warenhaus auf pCt. stellen.

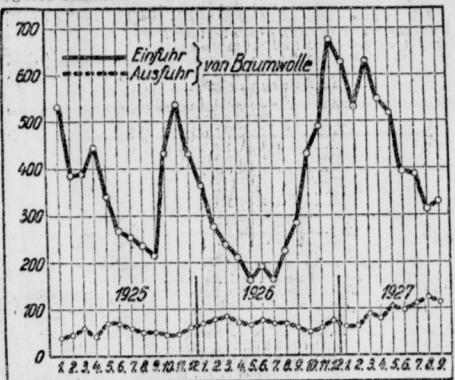
d) Die Hauptersparnis beim Einheitspreislisten gegenüber dem Warenhaus liegt in den Personalkosten, da nur ungelernte, weibliches Verkaufspersonal erforderlich ist. Dieses findet nicht nur in der Kalkulation, sondern auch im Publikum findet statt, da dieses nur die auf den Tischen ausbreiteten Waren prüft, das Stück bezeichnet, welches gewünscht wird; das Gewichte ist die Verkäuferin in einer Tüte dem Käufer, empfängt das Geld, verbucht an ihrem Kontrollapparat und wendet sich dem Nächsten zu.

e) Kontrolle kostet in der Kalkulation etwa 3 pCt. z. d. H.

f) Die Kasse, Kontrollkassette, Rayonfiche, Kassen mit ihrem Personal, Sammelkassen mit ihrem Personal, jedes gelernte Personal fehlen. Die hierdurch erzielte Ersparnis in der Kalkulation ist etwa 3 pCt.

g) Da nur standard- und keine der Mode unterworfenen oder leicht veränderliche Ware verkauft wird, fallen die Werberkosten für die Werbung in der Kalkulation mit pCt. aus.

Die Zwecksamkeit dieser oder jener Art von Lagerhaltungsbil-
ligkeit ist durchaus unterschiedlich zu beurteilen, je nachdem
es sich um Einfuhrhandel, Fabrikation, Grosshandel oder Einzelhandel
in Frage kommt, und um welche Branche oder welches Land
es sich handelt. Die Art, in der bisher die Lagerdispositionen
im deutschen Einfuhrhandel ausgebildet worden sind, lassen sich
um Teils recht gut aus der Handelsstatistik ablesen. Wir wählen
als besonders markantes Beispiel den Bran- che 0114a, die Einfuhr
von Baumwolle und -abfällen (in Tausend Doppelzentner) gibt das
folgende Schaubild.



Die Kurve der **Baumwollzufuhr** schwankt außerordentlich stark. Die Einfuhrstärken liegen im Sommer und in den Wintermonaten, besonders nämlich die Baumwollrate in U. S. A. und in den anderen Produktionsländern eingebracht ist, gelangt sie zur Verschiffung nach den Konsumländern. Der internationale Frachtenmarkt ist auf diese Warenbewegung, die eine internationale Erntebewertung des grössten Stils ist, eingestellt. In den meisten Jahren der Grossanklätze, welche im Dezember und im Januar der Baumwollrate, zwischen dem 31. Dezember bis jeweils besonders hoch. Auf den hohen Anteil der Verschiffe auf Baumwollverschiffungen pilgt in einer Reihe von deutschen Bankhäusern besonders hingewiesen zu werden. Es ist natürlich klar, dass sich die Baumwollverschiffung und die Aufnahme in den Konsumländern sich nicht so exakt abspielt, als wäre die Bewegung gleichsam von einem Zentrum aus. Denn es treten in den Zusammenstoß mit den Baumwollpreisschwankungen Versorgung und Retardierungen hinsichtlich der Menge der versandten Baumwolle und hinsichtlich der Zeit der Ver- und Entladung ein, so dass die Ein- und Ausfuhrkurven gewisse zeitliche Verschiebungen erfahren. Während die Einfuhrkurve der Rohbaumwolle nach Deutschland sehr stark ist, so ist die Abfuhr gering. Denn es treten in der Einfuhrkurve der Abfuhr eine relativ kontinuierlichen Verlauf. Der deutsche Baumwollhandel versorgt bekanntlich nicht nur den deutschen Bedarf, sondern auch – wenigstens zum Teil – denjenigen der Textilindustrien Polens, der Tschechoslowakei und Österreichs. Die **deutschen Baumwollimporteure sind also Lagerhalter** grossen Ausmasses nicht nur für den deutschen, sondern auch für denjenigen anderen und mittel europäischen Länder.

von **Kautschuk** und von **Gutapereha**, lässt sich zeigen, welche ganz besonderen Umstände für die Lagerdispositionen massgeblich sind. Wie man aus dem folgenden Schaubild ersieht, ist die Kautschukexport, nachdem sie von 8 Millionen 1925 ab mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrisis eine starke Abnahme erfahren hatte, bereits von Januar 1926 wieder ständig gestiegen. Diese

f) Teure Lagerhaltung infolge Fortfalls der Sortimente, alle Expeditionskosten fallen fort. Die diesbetreffenden Ersparnisse wirken sich auch mit etwa 1 pCt. in der Kalkulation aus.

Nach Vorstehendem kalkuliert sich die Ware im Einheitspreisladen durch den billigeren Verkaufsapparat um 10 pCt. billiger als im Warenhaus. Ist der Einkauf entsprechend den zu 1. und 2. aufgeführten Grundsätzen organisiert, wird der Einheitspreisladen unerbötig leistungsfähig in Preis und Qualität. Falls sich daher das Unternehmen mit einem bescheidenen Gewinn begnügt, wird der so geführte Einheitspreisladen auch in Deutschland ein voller Erfolg werden.

Herr Professor Hirsch hat in Nr. 402 dieser Zeitung von dem Woolworth-Laden ausgeführt, dass er die Massen mit Kleinluxus, mit ganz billigen Gebrauchsgegenständen versorgen will. Das Verkaufsprogramm der Epa.-Läden zergliedert sich dagegen wie folgt:

1. Kurzwaren, 2. Herrenartikel, 3. Putz, 4. Tapiserie, 5. Spitzen und Besatz, 6. Strumpf- und Wirkwaren, 7. Schürzen, Wäsche und Korsetts, 8. Abgepasste Textilien, 9. Schnittwaren (Rob- und Bleichware, Druckware), 10. Gardinen, Wachstuche, Linoleum, 11. Haushalt, 12. Holz-, Bürstenwaren und Putzmittel, 13. Glas und Porzellan, 14. Lebensmittel, 15. Konfitüren, 16. Parfümerien, 17. Lederwaren, 18. Bijouterie, 19. Galanterie, 20. Papier- und Schreibwaren, 21. Spielwaren, 22. Böcher, 23. Zigarren, Zigaretten, Tabak.

In ihnen gibt es vier Preise, nämlich 10 Pfennig, 25 Pfennig, 50 Pfennig und 100 Pfennig. Die Ape betreibt bislang in Bremen, Bremerhaven, Buer, Duisburg, Hamburg, Harburg mit Erfolg Einheitspreisläden nach vorstehenden Grundsätzen. Weitere 14 Läden sind in der Provinz in Vorbereitung, während in Berlin in den verschiedenen Stadtteilen bislang 11 Grundstücke gekauft sind, um in denselben Ape-Einheitspreisläden einzurichten. Es sei hier noch erwähnt, dass in den U. S. A. von einer Compagnie allein 1300 Einheitspreisläden zurzeit betrieben werden.

Wir geben die sehr interessanten Berechnungen des Verfassers wieder, weil sie geeignet sind, die Erörterung von der gefühlsmässigen, schlagwortliebenden Beurteilung auf die für kaufmännische Fragen allen richtige zahlenmässige überzuleiten. Ob all die Ersparungssätze in ihrer prozentuellen Höhe stimmen, wird sich aus der Praxis ergeben. Zunächst sollten diese Berechnungen den Einzelhandel anregen, der Unkostenanalyse noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen als bisher.

* **Aufrechterhaltung des Ausfuhrverbots für Zickelfelle.** Da in Deutschland erhebliche Posten von Zickelfellen lauern, ohne dass es möglich wäre, sie abzusetzen, war vom Reichsverband des vereinigten deutschen Häute- und Fellhandels die Freigabe dieses Materials für die Ausfuhr beantragt worden. Darausahn fanden im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen statt, bei denen sich der Reichsverband deutscher Lederhandels- und Felleinfuhrfabrikanten entschieden gegen die Beseitigung des Ausfuhrverbots erklärte — wenigstens solange, als noch in anderen Ländern ähnlicher Erwerb bestünde. Im Interesse der heimischen Lederindustrie hat daraufhin der Reichskommissar für Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen den Antrag auf Freigabe der Ausfuhr abgelehnt.

so frühzeitig einsetzende Einfuhrsteigerung muss wundernehmen, denn ein erhöhter Bedarf des heimischen Kautschukverbrauchs dürfte sich frühestens um die Mitte des Jahres 1926 eingestellt haben. Der Grund für das frühe Wiederanstiegen der Kautschukimporte liegt in der Entwicklung des Kautschukpreises. Dieser sank, wie sich aus dem Schaubild ergibt, von Ende des Jahres 1925 ab außerordentlich stark und gab dem Kautschukhandel und dem industriellen Kautschukkonsum auf diese Weise Veranlassung, den in der Folgezeit erwarteten Kautschukkonsum auf der niedrigen Preisbasis vorzeitig einzudecken.



Aus dem Beispiel der Kautschukentwurf ergibt sich, welche Bedeutung die Preis schwankungen am Markt ausländischer Rohstoffe für die Lagerdispositionen des Einfuhrhandels und der Rohstoffverbraucher haben. Die Dispositionen erfolgen also nicht ausschliesslich nach dem laufenden Bedarf, sondern überdies noch aus der Kenntnis der statistischen Position der Märkte heraus unter dem Gesichtspunkt der Erzielung eines möglichst günstigen Einkaufspreises. Es hätte offenbar keinen Zweck, dem Einfuhrhandel andere Dispositionen empfehlen zu wollen. Im Gegenteil, es ist seine volkswirtschaftliche Funktion, unter Einsatz der eigenen Kapitalkraft und mit Rückendeckung der Banken die Rohstoffversorgung der heimischen Wirtschaft zu den günstigsten Preisen zu betreiben. Würde man dem Einfuhrhandel ein anderes Verhalten anempfehlen, würde man von ihm verlangen, er solle den Rohstoffbedarf der heimischen Wirtschaft in anderer Weise, nämlich kontinuierlich gemäss dem sich einstellenden laufenden inländischen Bedarf decken, so würde dies in der Hauptsache die eine Folge haben, dass die Fiktion der Lagerhaltung für den mittelerwarteten Bedarf von Transitländern wie England, oder über ein Mittelband von den Produktionsländern selbst übernommen wird. Sowohl dem Einfuhrhandel wie den Banken, die an der Finanzierung des Aussehandes beteiligt sind, würden auf diese Weise Verdienstmöglichkeiten zugunsten der ausländischen Konkurrenz entgehen. Überdies würde der Rohstoffbedarf der heimischen Wirtschaft bei einer Politik der kontinuierlichen Eindeckung nach dem laufenden Bedarf durchschnittlich teurer zu stehen kommen. Die Einsetzung der Kapitalkraft des Einfuhrhandels im Zusammenwirken mit derjenigen der Banken ermöglicht es umgekehrt, günstige Preiskonstellationen bei der Deckung des Einfuhrbedarfs der Wirtschaft auszunutzen. Überdies ist der deutsche Einfuhrhandel nur auf diese Weise in der Lage, die Funktion eines Lagerhalters für andere kontinentalenropäische Länder mit Erfolg zu erfüllen. Dies gilt nicht nur für Baumwolle und Kautschuk, sondern ebenso für andere Rohstoffe und für die typischen Kolonialwaren. Die Bewegung eines grossen Teils dieser ausländischen Rohstoffe verläuft ganz regelmässig in der Hauptsache von den Exportländern über die Zwischenstationen der Lagerhaltung zu dem Weltmarkt — denn darauf liegt eine Politik des Rohstoffeinkaufs gemäss dem laufenden Bedarfs hinaus — würde nur dem Warenhandel und den Banken anderen Länder zugute kommen. Denn irgendjemand muss bei saisonmässig bewegten Waren die Lagerhaltung übernehmen, wenn nicht der deutsche Handel und die deutschen Banken, dann eben die Konkurrenz im Ausland.

*** Gründung der Zentralbank für Deutschen Grund- und Hausbesitz Akt.-Ges.** Die Generalversammlung des Wirtschaftsband des Deutschen Haus- und Grundbesitzes Akt.-Ges. in München genehmigte die vorgeschlagene Erhöhung des Aktienkapitals von 5000 RM um bis zu 425.000 RM auf 550.000 RM. Die neuen Aktien nehmen ab 1. Januar 1928 am Gewinn teil; sie werden zum Kurse von 104 pCt. ausgegeben und sind zu ¾ sofort in bar einzuzahlen, der Rest wird nach Bedürfnis eingezogen.

zunehmenden Forderungen der Gesellschaft wurden aufgehoben und durch neue ersetzt, die durch die anschließende Gründung der Zentralbank für deutschen Grund- und Hausbesitz Akt.-Ges. notwendig geworden sind. Zu der neuen Gründung sagte der Vorsitzende u. a. folgendes: „Mir ist vorwegzunehmen, daß die Zentralbank für deutschen Grund- und Hausbesitz Akt.-Ges. mit dem Sitz in München, hat der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine namentlich auch das zweite für die Durchführung seiner Bestrebungen auf dem Gebiet des Eigenheimbaus als ein wichtiges Mittel zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit dem Schwesterinstitut der Deutschen Hauptbank für Hypothekenschnittz Akt.-Ges. hat sich die Zentralbank die Aufgabe gestellt, den Hausbesitzern die nötigen finanziellen Hilfen zu leisten, insbesondere die Aufnahme von Betriebskrediten zur Ablosung nachstehender Hypotheken und zur Instandsetzung von Häusern zu ermöglichen.“ Auch wurde mit der Umwandlung der Reichshausbank in eine Aktiengesellschaft die Hälfte des Aktienkapitals auf 500.000 RM. aus ausschließlich vom organisierten deutschen Hausbesitz übernommen worden. Die Mitglieder des neuen Aufsichtsrats sind: Stadtrat Joseph Hummer, Dr. Hans Kroll, Dr. Hermann Köster, Dr. Karl Köster, Dr. Dr. h. c. h. Hans Kohlmann (Dresden), Baumeister Karl Schümichen (Dresden), Oberbürgermeister Karl Schramm (München), Geheimrat Dr. Kubilo (Reichsverband der deutschen Industrie, München), und Generalsekretär Hoffmann (Reichsverband des deutschen Hand-

Schließlich wurde noch mitgeteilt, dass seit längerem Bestrebungen des Hauses Grez wegen Aufnahme einer Auslandsniederlassung in Frage stehen. Durch die damalige Zuspätkommen musste die Sache zurückgestellt werden. Damit nicht Neues Geld genommen werden müsste. Das amerikanische Konsortium hatte jedoch fest an den abgeschlossenen Verträgen. Es bedürfte nur der Zeit, dass der amerikanische Markt wieder zur Ruhe komme, damit keine schlechtere Auszahlung erfolge als vereinbart sei. Sobald die Ruhe wieder eingetreten ist, wird die Anleihe einer der ersten sein, die zustande kommt.

*** Neue Erhöhung des Kupferpreises.** Das internationale Kupferkartell, das den Verkaufspreis für Elektrolytkupfer auf dem europäischen Kontinent erst vor zwei Tagen auf 14,15 Cents pro europäischer Hufen heraufgesetzt hat, konnte heute eine neue Erhöhung auf 14,25 Cents verzeichnen. Der amerikanische Preis hat sich in den letzten Tagen auf 13% Cents gehalten, zeigt also gleichfalls Festigkeit. Wir haben kürzlich darauf hingewiesen, dass der Schlüssel zu der gegenwärtigen Marktlage in Amerika liegt, von wo nach monatelanger Flaute in den letzten Tagen ansehnliche Mengen vorliegen.

Elbschlossbrauerei Akt.-Ges. in Nienstedten. Dividenden
vorschlag der Verwaltung: wieder 8 pCt.

Höherer Bankenbeitrag als früher. — Immer noch ungenügende Publizität.

* Wider Erwarten bleiben die gestiegen und heute mitgeteilten Abfindungsquoten für die alten Pfandbriefe derjenigen Banken der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken, die keine Teillausschüttungen in Liquidationspfandbriefen vorgenommen haben, weniger als 1 pCt. hinter den zuletzt berechneten Maximalquoten zurück. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Aufsichtsbehörde höhere Beiträge der Banken aus ihrem Guthaben für den Fall festgesetzt hat, als für den früheren Fall bestimmt wurde. So waren die Beiträge der bayerischen Banken beispielsweise im Vergleich dazu sehr erheblich ge-

Hierdurch wurde der effektive Betrag, der den Banken vom Sproz. Verwaltungskostenbeitrag verbleibt, nach der eigenen Angabe auf weniger als 2 p.Ct. der Masse gekürzt. Allerdings wird dabei nicht gesagt, was von den Banken geflossen wird. Es wird lediglich gesagt, daß es ist. Nimmt man diese mit dem Sproz. Verwaltungskostenbeitrag zusammen, so ergeben sich (nach dem Stande vom letzten Frühjahr) die in der nachstehenden Tabelle unter „Bankanteile“ genannten Beträge.

1. Class. Social.	19	1	19	1	99	1	1,9	1	1,1	1
-------------------	----	---	----	---	----	---	-----	---	-----	---

Zieht man von diesen die der Masse zurückgestellten Beträge der Banken und die ihnen belassene 2 pCt. der Masse ab, so bleiben noch verhältnismäßig hohe Beträge (jetzt 3 Spalte 2. Reihe), die man weiß, inwieweit sie aufzufallen können. Und zum anderen Teil aber wohl aus solchen Aufwertungsaktiven bestehen, deren Bewertung in der Teilungsmasse für die Liquidationspfandbriefe selbst nicht möglich erschien, sei es, dass es um ganz unsichere persönliche Forderungen oder um zweifelhafte Ansprüche in abgetrennten ehemaligen Reichsgebieten handelt. Auch mögen fahrrichtige Hypotheken darunter sein, deren Eingang zweifelhaft erscheint. Eine ähnliche Zusammensetzung dürfte die nominelle Differenz zwischen maximalen Teilungsmassen und Ausschüttungsbeträgen haben. Wie schon früher erwähnt, sind diese Differenzen der Liquidationspfandbriefe aber nicht verloren zu gehen, weil sich je nach Eingang solcher zweifelhaften Beträge Änderungen bei der Auslosung der Liquidationspfandbriefe vornehmen lassen. Bodauerlicherweise ist den jetzt ergänzten Abfindungsangeboten kein aktueller Teilungsmassenausweis mehr beigegeben, so dass die Nachprüfung der Angebote für die Gläubiger, denen die Empfehlung des Schutzverbandes der Pfandbriefgläubiger nicht genügt, sehr erschwert wird. Es ist zu hoffen,

Da diese Daten aber bei nächster Gelegenheit bekanntgemacht werden, im ganzen hat man den Eindruck, dass den Banken mit den erhöhten Abforderungen eine gewisse Absicht angedeutet wird, die meisten Aufwertungsbeträge jetzt wohl festsetzen und nur wegen der Sicherheit einiger, allerdings grossen, Beträge Bedenken bestehen. Der Spielraum, der hier durch die Differenzen zwischen Ausschüttungen und Maximalquoten geschaffen wird, wird also als viel zu klein empfunden, um die für die einzelnen Banken das Risiko. Eine genauere Bewertung der auszubehrenden Liquidationspfandbriefe ist solange nicht möglich, als man nicht deren Auslosungsaussichten kennt, also die Zusammensetzung der Deckungsmassen aus Tilgungs- und Amortisationshypotheken

Nach den Abfindungsquoten umgerechnet, waren die gestrigen Kurse für die alten Pfandbriefe der Gemeinschaftsgruppe noch einige Prozent niedriger als die Kurse der Liquidationspfandbriefe im Durchschnitt. Diese Minorbewertung ist aber auch bei den Pfandbriefen derjenigen Bank gestiegen, die schon Teillausschüttungen vorgenommen haben. Sie erklärt sich aus technischen Gründen. Die Pfandbriefe stärker angeboten als die Liquidationspfandbriefe, weil die Besitzer der alten Pfandbriefe die Liquidationspfandbriefe als weniger wertvoll ansehen.

In dem oben veröffentlichten Abfindungsangebot der Frankfurter Pfandbriefbank wird u. a. erwähnt, daß die Bpaz. Pfandbriefe, Serie 55, die im Untertagebau gegen alle Einrisiken abgesichert wurden, wie die Vorkriegsausgaben nach dem Nominalwert mit 22½ pCt. abgefunden werden. Für Kommunalobligationen, die im Tausch erworben wurden, gilt der Goldwert der entsprechenden Pfandbriefe. Der Tauschstreich ist aber auch auf die übrigen Kommunalobligationen. Hier hat Serie I einen Goldwert von 4,94 G.M., Serie II einen solchen von 1,25 G.M. für 10.000 P.M. Von dem Betrag der Bank für die Kommunalobligationen, die im Tausch erworben wurden, werden 10 pCt. für die Kommunalobligationen...

*** Abgebrochene Anleiheverhandlungen deutscher Städte in Holland.** Aus Amsterdam wird gemeldet: Fast gleichzeitig mit den Städten Genua und Venedig, die ebenfalls eine Anleihe von 100 Millionen Gulden beabsichtigen, haben die Städte Holland, die sich ebenfalls zur Emission der Kapitalertragsteuer sehr besonders konstruierte kleine Auslandsanleihen durch das holländische Bankhaus Arnold Gillissen aufgenommen haben, hatten auch mehrere andere deutsche Kommunen, darunter die Städte Bielefeld und Neuss, in Holland Anleiheverhandlungen angeknüpft. Jede dieser Städte wollte sich für die Aufnahme einer Anleihe von 100 Millionen Gulden, wie Cleveland und Münster, mittels Ausstellung eines Sammelsscheines, der in Holland als Unterlage zur Emission von Zertifikaten benutzt werden sollte. Diese Verhandlungen sind nun infolge der Stellungnahme der Beratungsstelle gegen solche Umgehungsversuche und der trotz vermissten Zeichnungsergebnisse ungenügend ausgelassenen Zeichnungsergebnisse abgebrochen worden.

*** Keine Haftung des Reiches für Inflationsschäden. — Eine grundsätzliche Reichsgerichtsentscheidung.** — Eine Kleinrentnerin hat versucht, durch grundsätzliche Reichsgerichtsentscheidung festzustellen, dass die Abfindung ihrer Hypothek mit 25 pCt. auf Grund des Aufwertungsgesetzes und die Abfindung mit 12,50 pCt. ihrer Reichsanleihe unsittlich sei. Durch Erlass des Aufwertungsgesetzes und des Anleiheabfindungsgesetzes sei in sittenwidriger Weise der ersten Ermächtigung ausgedrückt worden.

[illegible]

schützt falschen Wahrgenoss ist wegen seiner Allgemeinheit un-
schärfbar. Sowohl die Anschuldigung, die die Pflicht der Vorwur-
tschuldhaft. Schadenszufügung durch Amtspflichtverletzung
wenn Ausgabe ungedeckter Banknoten gemacht wird, ist
der Vorwurf wohl beachtlich. Die Klägerin behauptet hier
Pflichtwidrigkeiten nach Massgabe des § 859 BGB. in Verbindung mit
Art. 151 der Reichsverfassung. Die Schadenshaftung des Staates tritt
nur bei einem durch die Amtspflichtverletzung verursachten Schaden
zum Schutz einzelner Dritter dienen sollen. Sie fällt fort, wenn es
sich um Pflichten handelt, die den Beamten lediglich im Interesse des
Staates und der Allgemeinheit auferlegt sind. Die Amtspflichtver-
letzungen liegen hier auf dem Gebiete der Reichsfinanzhoheit und der
Währungspolitik und damit auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts.
Die Interessen der Allgemeinheit dürfen nicht durch die Rechte der
die Interessen der Allgemeinheit denen einzelner Vorgehen. Ganz
abgesehen davon, dass die Aufwertungsgesetze weitere Ansprüche an sich
ausschliessen, wäre es mit dem unzeitweiligen Wortlaut des Gesetzes
unvereinbar, wenn sämtliche Anleihegläubiger oder Hypothekengläubiger
der Lage wären, wegen der ausgeblieben von Reichsbanken verschul-
deten Infation, die durch Schadensersatzpflicht zu machen. (HI 6927.
— 4 November 1937.)

*** Rückgang der Gründungen. — Zunahme der Auf-
lösungen.** Im November 1934 wurden 1587 Firmen ge-
gründet, gegenüber 1594 im Oktober. Die Bewegung
Unternehmensformen ist sehr uneinheitlich, doch halten sich die Verände-
rungen überall in verhältnismässig engen Grenzen. Niedrigere
Gründungszahlen als im Vormonat sind für die Einzelfirmen
und offenen Handelsgesellschaften zu verzeichnen, während
die der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, der Stetig-
keit bei den neuen Aktiengesellschaften beträgt über 100 pCt. (als im No-
vember gegen 21 im Oktober). — Die Zahl der Aufösungen ist von
2854 im Oktober auf 2974 im November gestiegen. Hier
verteilt sich die Zunahme auf alle Unternehmensformen prozentual ziem-
lich gleichmässig, mit Ausnahme der Einzelfirmen, deren Auflösungs-

	Gründerinnen			Anerkennung		
	Novbr.	Oktr.	Septbr.	Novbr.	Oktr.	S. str.
Einzelnen	689	754	683	1283	1397	1132
Offne Handelsgesellschaften	300	315	272	504	304	483
Gesellschaften b. b. H.	842	834	230	891	782	814
Gesellschaften a. a. H.	45	45	30	45	30	3
Aktiengesellschaften	45	21	44	135	131	101
Gesossenschaft.	124	110	118	100	63	122
Gewerkschaften	1	1	—	1	—	—
Sonstige	1	1	—	—	—	—
	1357	1594	1410	2014	2845	2097

Die Kapitalsumme der neugegründeten Aktiengesellschaften beläuft sich für die Unternehmungen auf insgesamt 12,9 Mill. *RM* gegenüber 5,5 Mill. *RM* im Oktober. Die Zunahme des Gründungskapitals beträgt prozentual etwas mehr als diejenige der Zahl der Gründungen, so dass sich das durchschnittliche Kapital von 0,26 Mill. *RM* im Oktober auf 0,29 Mill. *RM* im Berichtsmonat erhöht hat. Zu der genannten Kapitalsumme von 12,9 Mill. *RM* kommt noch das 120 Mill. *RM* betragende Kapital der „Deutschen Acetat-Kunstseiden Akt.-Ges.“ hinzu, das von der „Deutschen Acetat-Kunstseiden Akt.-Ges.“, „Rhodiaseta“ in Freiburg auf, welche eine Gründung der westlichen Schwerindustrie darstellt. Zwei weitere Unternehmungen haben ein Kapital von je 5 Mill. *RM* erhalten, nämlich die „Deutsche Kreditanstalt und der Kreditanstalt für Industrie und Verkehrsmittel Akt.-Ges.“ in Dresden, zu deren Gründern außer mehreren Bankhäusern die Sächsische und die Thüringische Staatsbank gehören. Die Kapitalsumme der neuen Gesellschaften m. b. H. liegt mit 18,2 Mill. *RM* geringfügig unter der des Oktober (18,6 Mill. *RM*). Hiervon entfallen 5 Mill. *RM* auf eine Gesellschaft, die vereinigt mit 32 neugegründeten Gesellschaften wiederum ein Kapital von über 20.000 *RM* auf

*** Thüringische Zuckerfabrik Walschleben Akt.-Ges.**
 Der Abschluss für das Geschäftsjahr 1927/28, der der Generalversammlung am 1. November unter Ausschluss der Öffentlichkeit genehmigt wurde, weist nach der Sanierung (Zusammenlegung von 1.165.000 *RM* im Verhältnis 5:1) eine Erhöhung der Fabrikationseinnahmen von 2.549.997 *RM* auf 5.458.601 *RM* aus. Anderserseits verpönderten sich die Kosten um 1.100.000 *RM* höher. Die Bilanz weist 431.175 *RM* auf 4.482.013 *RM*. Die Handlungskosten konnten von 431.175 *RM* auf 394.639 *RM* reduziert werden, während die Betriebskosten von 387.453 *RM* auf 688.581 *RM* anwuchsen. Unter Berücksichtigung des Uebertrags vom Sanierungsabschreibungskonto in Höhe von 1.100.000 *RM* betrug der Gewinn 1.100.000 *RM*, obgleich das Grundstück und Anlagen Abschreibungen (i. V. 118.539 *RM*) vorgenommen wurden. Der Vorstandsbericht teilt mit, dass die verarbeitete Rübenmenge nur 89 pCt. der Vorjahrsmenge umfasste, die Verbrauchsenergieerzeugung jedoch 60 pCt. höher war. Die Kapazität der Fabrikation wurde durch die Erweiterung der Anlage um 25 pCt. erhöht. Die Bilanz zeigt bei den Immobilien und Anlagen keine wesentlichen Veränderungen. Schuldner konnten von 655.206 *RM* auf 217.199 *RM* reduziert werden, während die Warenbestände eine Steigerung von 1.027.581 *RM* auf 2.578.000 *RM* erlitten. Die Deckung des Uebertrags von 1.100.000 *RM* auf 3.985.415 *RM* zugunommen. Auch die Akzepten zeigten eine Erhöhung, und zwar von 88.000 *RM* auf 251.211 *RM*. — Für das neue Geschäftsjahr konnte die Gesellschaft sich einen um 25 pCt. größeren Rübenanbau sichern, auch erwartet sie eine günstigere Gestaltung des Rohzuckerkurses, so dass die Aussichten als nicht un-

* Der Kampf um Hammersen. — Abweisung der neuen Dierig-Klage in erster Instanz. Aus Osnabrück wird uns gedruckt, dass die neue Klage der Christian Dierig G. m. b. H. im gestrigen Termin vom Landgericht Osnabrück kostenpflichtig abgewiesen wurde; anderseits ist auch der Antrag der Beklagten auf Sicherheitsleistung seitens der klägerischen Partei abgewiesen worden. Die Urteilsbegründung liegt noch nicht vor.

* **Ceres Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. Felix Hübner, in Liegnitz. — Liquidation der Gesellschaft.** Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss für das Geschäftsjahr 1926, das Einkommensteuerverfahren und die Bilanz (im Vorjahr 263.888 *RM*) ausweist. Die Generalversammlung beschloss die Liquidation des Unternehmens. Die Verwaltung stellt den Aktionären frei, bis zum 1. Januar 1928 auf die 1 Mill. Reichsmark Aktien (400.000 *RM* Landmaschinenfabrik Haase Aktien zum Preise von 100 *RM* je Stück (zuzüglich Steuer) zu erwerben.

» Endgültiger Abschluss des deutsch-russischen Rohrlieferungsvertrages. Der Rohrlieferungsvertrag zwischen der Gesellschaft der Mannesmannröhren-Werke und den Vereinigten Stahlwerken Akt.-Ges. einerseits und der Handelsvertretung der U. d. S. S. R. anderseits ist, wie bekannt, vor längeren Wochen schon abgeschlossen worden. Verschiedene Verhandlungen über Durchführung und Lieferung wurden jedoch bis vor kurzem zwischen den Kontrahenten verhandelt. Wie wir hören, sind auch diese Verhandlungen zur beiderseitigen Befriedigung abgeschlossen worden, so dass dem Beginn der Lieferungen nicht mehr im Wege steht. Die Erfüllung der Liefergarantie von Staatseits wird bei diesem Auftrag bekanntlich nicht bezweifelt.

*** Kongress des internationalen Seideverbandes in Mailand.** Am 1. und 2. d. W. gemeldet. Der Kongress des internationalen Seideverbandes hat seine Arbeiten begonnen. Daran nehmen Vertreter Deutschlands, Spaniens, Frankreichs, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarns teil. Grossbritannien hat seinen Beitritt angemeldet. Im Namen der italienischen Seidenindustrie und des Allgemeinen faschistischen Industrieverbandes hiess der Präsident der künftigen Weltkongresse, der Präsident des internationalen Seideverbandes Comore, übernahm der Vorsitz des Kongresses, der zunächst den Wortlaut der von der italienischen Abordnung ausgearbeiteten Satzungen einer Prüfung unterzog.

* **Eigenartige Zinsangebote.** Vom Centralverband der Deutschen Bank- und Sparkassenvereine wird ein geschriebenes und veröffentlichtes Angebot einer Allgemeinen Lombard- und Lagerhaus-Gesellschaft in Berlin W., Grosse Passage, zugegangen, die in Zeitungsannoncen unter Chiffre Kapitalien um einer Vergütung von 3 bis 5 pCt. pro Monat sucht. Der Inhaber des Instituts, „Bankier“ hieß und für ein Institut der Charakter eines regulären Bankbetriebes in Anspruch nimmt, auf dem anderen Seite jedoch die Werbeweise des Unternehmens allein bankgewerblichen Geföhrheiten widerspricht, und insofern auch ausländischen Stellen bereits auffallen ist, sehen wir uns zu der Mitteilung veranlaßt, dass wir gedachte Institut als ein Bankunternehmen im verkehrsbüchlichen Sinne nicht anerkennen. Wir empfehlen daher den Interessenten, die teilweise werbende geltenden Geföhrheiten und Bestimmungen die Werbeweise des Unternehmens vereinbar ist, muss dem Urteil der für dieses Gewerbe zuständigen Stellen überlassen werden.

3. Entschliessung des Grosshandels zur Gütertarifpolitik. Einmal ist die Wirtschaft auf die Ausnahmeartikel. Der Reichsverband des deutschen Gross- und Ueberseehandels e. V. hat sich erneut mit der Frage der Gütertarifpolitik der Reichsbahn eingehend beschäftigt und insbesondere zur weiteren Durchführung der Gütertarifreform Stellung genommen. Das Ergebnis der Beratungen ist in der nachstehenden Entschliessung zusammengefasst worden, die den Reichsverband des deutschen Gross- und Ueberseehandels e. V. beauftragt, die in der Entschliessung enthaltenen Wünsche an die Reichsbahn zu verhandeln. Die bisherigen Massnahmen zur Verbesserung der Reichsbahngütertarife sind vom Reichsverband des deutschen Gross- und Ueberseehandels e. V. lebhaft begrüsst worden. Sie können jedoch nur als der Anfang der von allen Wirtschaftskreisen geforderten grundsätzlichen Reform der Eisenbahntarifwesen angesehen werden, die ohne ein zielgerichtetes Vorgehen der Reichsbahn nicht zu Stande kommen wird. So ist es möglich eine allgemeine Ermässigung sämtlicher Gütertarife einzutreten. Unbeschadet dieser allgemeinen Forderungen legt der Reichsverband des deutschen Gross- und Ueberseehandels e. V. auf die sofortige Einführung folgender Erleichterungen auf dem Gebiete des Frachtenverkehrs besonderen Wert:

1. Ermässigung des Frachtzuschlages bei 5-to-Ladungen, 3. Einführung einer dritten Stückgattungskategorie bei genügenden allgemeinen Ermässigung der Stückgattungskategorie, 4. Einführung einer Wagenklasse E1, 5. Angleichung der Ueberführungsgebühren bei Orten mit mehreren Bahnhöfen an die einschlägigen Nachfrachten. Endlich erstrebt der Reichsverband des deutschen Gross- und Ueberseehandels e. V. die Berücksichtigung der Interessen bei der Behandlung der Normal- und Ausnahmeartikel. Jetzt begibt sich die Ständige Tarifkommission der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nur mit den Normaltarifen, während Ausnahmeartikel allein von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bzw. der Reichsbahndirektion bzw. behandelt werden. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar, da die Reichsbahn für die Abfertigung der Ausnahmeartikel eine besondere Mühe und Einflussnahme gibt. Bei der Ständigen Tarifkommission der Eisenbahn sind zur Behandlung der verschiedenen Ausnahmeartikel Unterkommissionen zu bilden, in denen die interessierten Wirtschaftskreise vertreten sind und gutachtlich gehört werden, so dass unter allen Umständen eine entscheidende Einflussnahme und Mitwirkung der an den betreffenden Ausnahmeartikeln interessierten Wirtschaftskreise zu Stande kommen kann.

Die Zusammenschlussbewegung im englischen Kohlenbergbau. Ein neuer Plan zu gemeinsamer Kontrolle der Förderungsgüter. Unser Londoner Wirtschaftsberichterstatter meldet, Verträge zum gemeinsamen Handeln der Kohlenbergwerke in Yorkshire, Nottinghamshire und Derbyshire haben einen Plan ausgearbeitet, der die künftige Zusammenarbeit der Bergwerke dieser Distrikte hinsichtlich der Produktion und der Preisbildung vorsieht. Der Plan unterscheidet sich jedoch wesentlich von denjenigen, der vor kurzem von den südwalisischen Bergwerkseigenern ausgearbeitet wurde. Er sieht vor, daß die Kohlenbergwerke eine bestimmte Produktionsquote den einzelnen Mitgliedern des neu zu bildenden Pools zugewiesen werden soll, werden in den genannten anderen Gebieten verschiedene Komitees, die die Kontrolle über die einzelnen Gruppen der Erzeuger von bestimmten Kohlenorten ausüben sollen und deren Vorsitzende aus Kohlenbergbau bzw. Kohlenhandelt sind, sowie ein zentraler Kohlenbergbau bzw. Kohlenhandelt, der die Entscheidung über Produktionshöhe bzw. Verteilung der Förderungsmengen und über die Preise treffen. Yorkshire, Nottinghamshire und Derbyshire erzeugen zusammen ungefähr ein Drittel der englischen Gesamtförderung; im Jahre 1925 betrug ihre Produktion rund 78 Mill. Ton. bei einer Gesamtproduktion von rund 243 Mill. Ton. Süd-Wales fördert jährlich nur durchschnittlich

32. Mill. Td.

∞ Die englischen Forderungen zur Schaffung eines Einuhrzölles auf Eisen und Stahl. Unser Londoner Wirtschaftsberichtersteller meldet: In der Generalversammlung der Baldwin's Association, die sich am 1. d. d. in London abspielte, sprach Wright lebhaft für die Einführung eines Importzölles auf Eisen und Stahl gemäss dem Industrieschutzgesetz ein. Er erklärte, dass ungefähr für 35 Millionen Pfund Sterling Eisen und Stahl jährlich nach England eingeführt werden. Die monatliche Einfuhr von Eisen und Stahlpflanzen betrage 2000 Td., gegen eine monatliche Einfuhr von Eisen und Stahlhäutern 19 000 Td., gegen 9000 Td. im Jahre 1813. Die ausländische Konkurrenz bedeute für England die Beschäftigungslosigkeit von über 100 000 Arbeitern, die Stülgung zahlreicher Hochöfen, Absatzmangel für zahlreiche Bergwerke usw. Mangelmässiger Ausdrucke gegenüber den letzten Jahresfuhren mehr als 47 Mill. Pfund Tonnen. Wenn man berücksichtige, dass die Produktionskapazität für Eisen und Stahlwerke im Augenblick nur zu 70 bis 80 pCt. ausgenutzt sei, könne man sich ein Bild machen, eine wie starke Senkung der Produktionskosten bei Schaffung eines Schutzzölles und dementsprechend der voller Ausnutzung der Kapazität erzielt werden könne. — Hierzu ist zu bemerken, dass die Baldwin's Ltd. bereits seit Jahren in einer besonders unbedrückenden Lage sich befinden. Die Produktion des Kapitals geführt hat.

*** Amerikanische Wirtschaftsnachrichten.**
New-York, 2. Dezember. (Funkspruch.)
Die Federal Reserve Bank of New York belässt gestern

Die Rediskontakte unverändert.

Dann Berichten der Mitgliedsbanken des Bundesreservesystems New York, dass sie am 30. November 1933 250 000 000 Doll. gegen 3 481 200 600 Doll. eine Woche zuvor um 2 508 330 000 Doll. am entsprechenden Zeitpunkte des Vorjahres, auf dem Markt der Rechnung der New-Yorker Banken (aufgeführt in Tabelle 1, S. 118) 820 000 000 Doll. (gegen 270 000 000 (1 212 300 000 bzw. 2 000 000 000) von auswärtigen Mitgliedsbanken stammten.

Das Dankhaus Harris Forbes & Co. bringt demnach **40 Millionen Dollars 4½proz. Hypothekengoldbonds der Alabama Power Co.** heraus. Die Fiktion ist, dass die Alabama Power Co. ein Unternehmen der Harris Forbes & Co. sei.

Die Führung von Kuhn, Loeb & Co., stehendes Bankenkonsortium legt 13 000 000 Doll. 4½proz. Bonds der **Missouri-Kansas-Texas R.R.** zu 98½ pCt. zur Zeichnung auf. Der Erlös der Anleihe dient dem Zwecke der Konvertierung der sechsproz.

Der Verband der Spielzeug-Fabrikanten Amerikas führt aus, dass jetzt 90 pCt. des heimischen Spielzeugbedarfs durch die inländische Produktion befriedigt wird, was namentlich durch die stärkere Nachfrage nach mechanischem Spielzeug zu erklären sei.

* Vom Leipziger Ranzwarenmarkt. Die Saison in der Pelzwarenbranche hat sich bisher günstig angeschlossen. Zwar ist im Handel mit dem Auslande, hauptsächlich mit England, während der vergangenen Saison ein Bruch mit dem Geschäftsgange während des abgelaufenen Berichtsmoments zu verzeichnen. Als bester Käufer hat sich England herausgestellt. Größere Käufe tätigten ferner die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien und die nördlichen Länder. Eine Besserung zeigte der Absatz nach den Balkanländern und sogar nach Polen. In stärkerer Nachfrage zeigten sich die Vereinigten Staaten, Belgien, Frankreich und die Schweiz. Der Berichtsmoment abgelaufenen Auktionen der „Muscra“, „Ravag“ und „Gevorke“ tendierten fest. Bei lebhaftem Besuch konnten einzelne Artikel Preissteigerungen von 10 bis 20 Prozent verzeichnen. Die Nachfrage nach Biber, Hermelin, Marder, Luchs und besonders Maulwürfe und Katzenzuzart, in Bisam, Wiesel und Dachsen war die Nachfrage gleichmäßig, sie mussten sich teilweise eine Abschwächung gefallen lassen. Die Nachfrage nach Zobel, Nerz, Fuchs, Marder, Luchs, Bisam, Wiesel und Dachsen war die Nachfrage gleichmäßig, sie mussten sich teilweise eine Abschwächung gefallen lassen. Der Leipziger Wildwarenmarkt ist das Angebot frischer Ware noch gering, und lässt in der Quantität zu wünschen übrig. Die Tendenz ist, dass die Nachfrage nach Wildwaren in der nächsten Saison noch zunehmen wird, und auch während der bevorstehenden Saison halten. Die Erörterungen über eine internationale Pelzschauausstellung 1929 in Leipzig, die von der Leipziger Pelzwarenindustrie, dem Leipziger Spitzenverbande dem Plane einstimmig zugestimmt haben, und der Rat der Stadt Leipzig in einer Denkschrift alle Einzelzinsen eingehend beleuchtet hat. Für die Finanzierung der Ausstellung ist ein Zuschuss eines betrags von 500.000 M. vorgesehen, in dem sich das Deutsche Reich, der sächsische Staat, die Stadt Leipzig sowie die Pelzbranche selbst unter die Kosten der Ausstellung teilen werden.

* **Notierungen der Magdeburger Zuckerbörse** vom 1. Dezember.
 1. Termin für 50 kg netto, 1. April 1924, 200 Mark inklusive Sack und Steuert.
 Tendenz ruhig. - Terminepreise für Weizenrohr (inklusive Sack für
 Seeschiffreise Hamburg) für 50 kg netto, Januar 15,10 Brief, 15,- Gold,
 Februar 15,15 Brief, 15,50 Gold, März 15,35 Brief, 15,25 Gold, Januar März
 15,25 Brief, 15,15 Gold, April 15,10 Brief, 15,30 Gold, Mai 15,35 Brief, 15,45
 Gold, Juni 15,40 Brief, 15,50 Gold, Juli 15,45 Brief, 15,55 Gold, August 15,35 Brief,
 15,60 Gold, September 15,65 Brief, 15,45 Gold, Oktober 15,65 Brief, 15,45 Gold,
 Dezember 11,85 Brief, 14,70 Gold, Tendenz stetig.

* **Bremer Baumwollkurse** vom 2. Dezember. Mitgeteilt von der Firma A. Lewin, Berlin C 2. Notierungen des Bremer Vereins für Terminhandel in Baumwolle. Nordamerikanische Baumwolle Basis middling, nichts

unter loko middling nach den Bedingungen des Vereins. Preis per 1 lb in U.S.-cents netto Kassa. Januar 2090 Geld, 2097 Brief, März 2106 Geld, 2110 Brief, Mai 2121 Geld, 2134 Brief, Juli 2116 Geld, 2127 Brief, Oktober 2071 Geld, 2075 Brief, Dezember 2082 Geld, 2087 Brief. Tendenz ruhig.

* **Liverpool**, 2. Dezember. (Anfang.) Amerie, Universal Stand
niddl. Tendenz ruhig. Per Januar 1842—1843, per März 1842—1843, per
Juli 1844—1843, per Juli 1836—1837, per Oktober 1810. — Азъ рѣ

1655. per Januar 1655, per Februar 1658, per März 1659.

Mittagsbericht
aus der Londoner City.
Von unserem Londoner Wirtschaftsberi
erstatte.

